Einwohnerantrag gemäß § 20b Gemeindeordnung Baden-Württemberg

Thema:

»Haltung« gegen Rechtsextremismus (AfD) und für ein demokratisches Miteinander in Langenau.

Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Langenau möge eine Resolution verabschieden (bzw. das aktuelle Leitbild ergänzen), ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter sich ausdrücklich gegen rechtsextreme, demokratiefeindliche Ideologien stellen und sich **klar gegen eine mögliche Fraktion der AfD im Gemeinderat** positionieren. Die Stadtverwaltung soll sich öffentlich **zu einem demokratischen, respektvollen und solidarischen Miteinander bekennen** und **die Prüfung eines AfD-Verbotes befürworten**.

Begründung:

Bei der letzten Bundestagswahl erhielt die AfD fast 20 % der Stimmen in Langenau. Diese Zahl kann ein Ausdruck von Verunsicherung und Enttäuschung sein – sie darf jedoch nicht zur Normalisierung von rechtsextremen Positionen führen.

In Nachbarstädten wie Blaustein formieren sich bereits Ortsverbände der AfD. Auch in Langenau könnten ähnliche Entwicklungen folgen. Es ist jetzt die Aufgabe der demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter, Haltung zu zeigen – für Demokratie, Respekt und Miteinander. Die Facebook-Initiative „**Langenau will AfD-frei werden**“, gegründet im März 2025, ist ein erster Aufruf in den sozialen Medien an alle Langenauer Bürger*innen, Verantwortung bzgl. ihrer politischen Haltung zu übernehmen, nicht nur zuzusehen oder abzuwarten.

Demokratie lebt vom Dialog, aber auch von klaren Grenzen gegenüber jenen, die unsere freiheitliche Grundordnung ablehnen und vom Verfassungsschutz inzwischen als gesichert rechtsextrem eingestuft sind.

Vertretungsberechtigte Personen

1. Dietmar Walter, Wasserstr. 35, 89129 Langenau

2. Beate Maaß, Albecker Str. 15, 89129 Langenau-Göttingen

3. Thomas Mahr, Lange Str. 8, 89129 Langenau

Langenau, im Juni 2025